

München, den 10. April 1928

# Gewerkschaften und Reichstagswahlen

Von Walter Ulbricht M. d. L.

(Schluß)

## Die Bilanz der Wirtschaftskämpfe

Um die Politik der sozialdemokratischen Führer nach den Wahlen schon jetzt richtig beurteilen zu können, ist es notwendig, die Bilanz der letzten Wirtschaftskämpfe zu ziehen. Die Sozialdemokraten erklärten, daß im Interesse der „Sicherung der Konjunktur“ und der „Vermeidung von Wirtschaftskrisen“ die Wirtschaftskämpfe verhindert werden müssen. Jeder Arbeiter erkannte sich, wie mit Hilfe der Schlichtungsinstanzen eine Bewegung nach der anderen abgewürgt wurde. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben sich bemüht, die Lohn- und Arbeitszeitbewegungen darauf zu lokalisieren und zu zerstückeln, daß von einheitlicher Kampf der Arbeiter wichtiger Industrien von vornherein verhindert wurde.

Während das Trautkapital und die Unternehmerorganisationen einheitslich und geschlossen die Offensiv gegen die Arbeiterklasse führten, antworteten die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit isolierten und zerstückelten Teilbewegungen.

Die Industriellen führten Wirtschaftskrisen durch und organisierten Betriebsbesetzungen zur Abwehr der Arbeiterforderungen. Die Sozialdemokratie antwortete darauf mit der Forderung: „Schuh des Staates! Schah der Gesetz! Während also die Regierung dieser Hindernisse Republik den Staatsapparat gegen die Arbeiter einsetzt, und im Namen der Gesellschaft dieser Republik die Schlichtungsinstanzen einsetzt, um die Wirtschaftskämpfe zu verhindern, stellt sich die Sozialdemokratie schweigend vor diesen Geschehnissen. In allen diesen Kämpfen haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ihre Aufgabe nicht in der Organisation und Vorbereitung der Arbeiterfront, sondern sie reichten sich im Namen der „Gesellschaft“ und „sozialistischen Ordnung“ dieses Staates in die Arme der Bourgeoisie ein. Denn, wer das Schlichtungssystem unterstützt, und wer gemeinsam mit dem Arbeitsminister des Bürgerblocks Wirtschaftskämpfe abwürgt (s. F. Hüttenarbeiterbewegung) der steht auf der anderen Seite der Barrikade.

Der Zweck der Koalitionspolitik besteht darin, in Zukunft noch gefährlicher als bisher Arbeiterkämpfe zu verhindern. Die Lohn- und Arbeitszeitbewegungen sollen in Zukunft möglichst durch „freie Vereinbarungen“ zwischen Unternehmen und Gewerkschaften abgeschlossen werden. Durch die Zusammenarbeit von Unternehmen und Sozialdemokraten im Reichswirtschaftsrat, durch Einsetzung sogenannter wissenschaftlicher Untersuchungskommissionen (Schmalenbach-Kommission u. a.) soll erreicht werden, daß die Auseinandersetzungen über Lohn und Arbeitszeit im Dunkel wissenschaftlicher Untersuchungskommissionen geführt werden. Ebenso wie nach Auffassung der SPD in Zukunft der Klassenkampf in der Koalitionsregierung geführt werden soll (Bilderberg-Kode in Kiel), so soll auch der Klassenkampf zwischen Arbeitern und Unternehmern in „wissenschaftlichen Untersuchungskommissionen“ ausgetragen werden.

Die Erfahrungen der Unternehmer mit der Zusammenarbeit im Reichswirtschaftsrat, Reichsloblerat, Reichsnotariatium für Wirtschaftlichkeit lehren, daß ihnen der „Ausgleich der Interessen der Arbeiter und Unternehmer“ gut bekommt. Die einmütigen Beschlüsse des Reichswirtschaftsrates betreffend Arbeitszeitverlängerung und Selbstbehaltung des Arbeitverhältnisses im Vergleich, die Mitarbeit der Sozialdemokraten an der Förderung der Rationalisierung im Reichsnotariatium für Wirtschaftlichkeit, die aktive Tätigkeit von Sozialdemokraten im Reichsloblerat, besonders in der technischen Unterkommission, wo die Rationalisierungsmassnahmen beraten werden, müssen den Unternehmern. Jeder Gewerkschaftsführer muß sich darüber klar sein, daß jede sozialdemokratische Stimme eine Unterfertigung dieser Zusammenarbeit von Unternehmern und sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären bedeutet. Wer sozialdemokratisch wählt, bringt damit zum Ausdruck, daß er an gemeinsame Interessen von Arbeitern und Unternehmern glaubt.

Wir Kommunisten sind im Gegensatz dazu der Meinung, daß der Schwandel von den gemeinsamen Interessen der Arbeiter und Unternehmer nur ein Mittel ist, die Arbeiter vor den Karren der kapitalistischen Wirtschafts- und Staatspolitik zu spannen, und die Arbeiterklasse zu spalten.

Im Gegensatz zur sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik, im Gegensatz also zur Politik der Zusammenarbeit der Arbeitervertreter mit den Feinden der Arbeiterklasse, sind wir Kommunisten der Auffassung, daß die Arbeiterklasse ihre Forderungen nur erkämpfen kann, wenn sie in einheitlicher Klassenfront den Kampf gegen das Trautkapital und seinen Staatsapparat führt.

Wenn die Arbeiter im Kampfe für die Durchsetzung ihrer elementarsten Lebensforderungen Rücksicht nehmen auf die „Wirtschaft“ — die den Kapitalisten gehört —, dann verhindern sie selbst die Durchsetzung ihrer Forderungen. Ebensoviele wie die Kapitalisten Rücksicht nehmen auf die Lebensnotwendigkeiten der Arbeiter, ebensoviele dürfen sich die Arbeiter aus Rücksicht auf die kapitalistischen Wirtschaftsinteressen vom Kampfe abhalten lassen. Die Arbeiterforderungen können nicht durchgesetzt werden, wenn die Gewerkschaften lokalisiert und zerstückelt die Bewegungen führen, um der „Wirtschaft“, d. h. den Kapitalisten nicht wehe zu tun. Umgekehrt: Die Ablehnung der berechtigten Arbeiterforderungen und die Ausprägungsoffenheit der Industriellen muß mit dem Gegenstand der Arbeiter beantwortet werden, und zwar muß dort zugelassen werden, wo es den Industriellen am meisten schmerzt, nämlich in den lebenswichtigen Betrieben.

## Für geschlossene Arbeiterfront und Kampfbündnis!

Gegen Zerstückelung der Bewegungen!

Wie die Hüttenarbeiter den Kampf für Arbeitszeitverlängerung und Lohnsteigerung vorbereiteten, haben wir Kommunisten erklärt, daß die Forderungen der Hüttenarbeiter gegenüber dem autoritären Trautkapital nur durchgesetzt werden können, wenn das Kampfbündnis der Hüttenarbeiter, Bergarbeiter und Hüttenarbeiter geschlossen wird. Demgegenüber erklärten die sozialdemokratischen Führer und ihre Presse, daß die Bewegungen nebeneinander geführt werden müssen; erst müsse die Hüttenarbeiterbewegung beendet werden und danach die Bergarbeiterbewegung beginnen. Das Ergebnis dieser Zerstückelung der Arbeiterkämpfe war die Niederlage der Hüttenarbeiter, die sich verhängnisvoll ausgewirkt hat auf die folgenden Kämpfe in anderen Industriezweigen.

Während der mitteldeutschen Metallarbeiterbewegung gingen die Industriellen zur Ausprägung über und drohten mit der Generalausperrung der Metallarbeiter in Deutschland. Tummals lagten wir, daß die Forderungen der Metallarbeiter mit allen Mitteln durchgesetzt werden müssen, weil der Verlauf dieser Bewegung richtunggebend sei für die großen Arbeitszeit- und Lohnbewegungen in den kommenden Monaten. Wir forderten deshalb, daß die Ausprägungsoffenheit der Industriellen mit der Stilllegung lebenswichtiger Betriebe Mitteldeutschlands beantwortet wird. Was erklärte demgegenüber die Sozialdemokratie und an ihrer Spitze der Vorwärts? Sie konzentrierten das Feuer nicht gegen die Ausprägungsoffenheit der Industriellen, sondern gegen die Forderung auf Verhinderung der Kampfzonen durch Stilllegung wichtiger Betriebe. Diese Politik hat den Unternehmern genützt und wirkte sich besonders in der Berliner Werkzeugmacher-Bewegung aus. Auf-hier beschließen sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer auf die Herausziehung der Werkzeugmacher einiger Betriebe. Sie lebten es ab, den Kampf der Werkzeugmacher auszuweichen zum Kampf für Lohnsteigerung in der gesamten Berliner Metallindustrie. Die Folge dieser Zerstückelung der Metallarbeiterfront war ein Schandniederlage, der den Werkzeugmachern nicht einen Pfennig Lohnsteigerung brachte.

Die Erfahrungen der letzten Wirtschaftskämpfe lehren, daß die Taktik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Zerstückelung der Arbeiterfront herbeigeführt hat und damit die Voraussetzung für die Abwärtung der Bewegungen mit Hilfe des Schlichtungssystems schuf. Die sozialdemokratische Presse versucht immer wieder zu beweisen, daß das Schlichtungssystem nicht gegen die Arbeiter gerichtet ist. Was lehren aber die Schlichtungspraxis, was lehrt die Tätigkeit der sozialdemokratischen Schlichter? Die Erfahrungen lehren, daß das Schlichtungssystem ein Mittel zur Anbelung der Arbeiter, die gelegliche Form des Kampfes des Streikrechtes ist.

Jeder Arbeiter muß sich bewußt sein: Wer sozialdemokratisch wählt, der stimmt für das Schlichtungssystem, der stimmt für die Anbelung der Arbeiter.

## Die Klassenjustiz im Dienste der Großagrarien

Die SPD verkündet stolz, daß sie für das „Notprogramm“ der Landwirtschaft ihre Stimme im Reichstag abgab. Sie beweist damit, daß sie für die Subventionen (staatliche Jugendamts) an die Großgrundbesitzer eintritt. Die Agrarier gehen zur Nationalisierung der Landwirtschaft über und erhalten die Unterstützung der SPD. In Schreibemühl, berichtete der Tag, geht ein Junker zur „Selbsthilfe“ über. Er organisiert eine eigene Arbeitsbrigade. Dieser „Arbeitsbrigade“ wird einer der eitrigen in der Senkung der Preise für Schlachtvieh sein und den Bauern, die ihm für keine Arbeit das melke Schlachtvieh liefern, die niedrigen Preise zahlen. Das wird ihn aber nicht abhalten, sein Vieh zu verkaufen wie möglich an den Mann zu bringen. Die Monopole für Fleischproduktion sind im Wachsen und werden durch die Herabsetzung des Gefrierfleischkontingents gemäßig gefördert.

Die Agrarier arbeiten schon jahrelang in dieser Richtung. Im Jahre 1926 löbte in Sachsen ein Kampf der Bauern gegen das Rinderzuchtgesetz. Dieser Kampf wurde von den Großgrundbesitzern in der demagogischen Weise umgebogen. Bei der entscheidenden Abstimmung wurde der Antrag der kommunistischen Fraktion auf Aufhebung des Rinderzuchtgesetzes abgelehnt. Die demagogische Fraktion beantragte die Regelung so zu treffen, daß, wo freiwillige Genossenschaften die Bestimmungen des Gesetzes durchführen, soll eine Zwangsorganisation zur Rinderzucht nicht gebildet werden. Das bedeutet praktisch, das Gesetz bleibt bestehen, das Konopel auf Bullenaufzucht erhalten die Junker, und die Preise für Bullen können willkürlich hochgetrieben werden. Das ist für die Junker das Entscheidende. Ein langatmiges Geschwätz möglicherweise die Demagogen und Landhändler in ihrer Presse, daß die „Härten befeitigt“ seien. Daß in diesem Völkerversteher die Demokraten und die SPD einstimmen, verleiht ihm am Rande. Schreiber, Richter, Kaufmann, andere Landhändler rieben sich die Hände. Man hat das Wort „Zwang“ durch „freiwillig“ ersetzt und die Handhabe geschaffen können jetzt ihren Profit machen. Die Bauern sind „beruhigt“ worden.

Jetzt aber geht's los. Aber sich etwas einfallen läßt, sich nicht „freiwillig“ zu unterwerfen, wird bestraft. Vom Amtsgericht Baunzen erhielt ein Bauer ein Strafmandat. Nach dem er, weil er nicht geführte Bullen verwendet hat, nach § 87 Abs. 1a des Rinderzuchtgesetzes bestraft wird.

Das ist die von den Kommunisten betonte Auswirkung des Gesetzes. Der Bauer muß durch seine Umlage dazu beitragen, daß den Junkern die höchsten Preise für ihre geführten Bullen gezahlt werden. Er muß selbst auf die Gefahr der Seuchenübertragung sich dem Zwang des Rinderzuchtgesetzes fügen. Wer es nicht tut, bezahlt Strafe. Die Junker genießen sich nicht zu schmeicheln, daß die Beirathung der Bauern erfolgt, um ihre Profite zu steigern; ebenso wie die Befreiungen der Steuern beim Bauern erfolgen, damit der Junker freier ist. Die revolutionären Arbeiter müßten den Bauern begreiflich machen, daß sie nur im Kampfbündnis mit dem Industrieproletariat gegen die Großagrarien ihre Lage verbessern können.

## SPG-Notbyrum

Doljinski von 30 Jahren — und heute

In der vorigen Woche verübte die sozialdemokratische Presse, daß die Kommunisten im polnischen Parlament eine Kabalenszene aufgeführt haben.

Dem Bericht des Vorwärts über die Ereignisse im polnischen Parlament ist eine große Verlegenheit anzuermessen. Nachdem die Sozialdemokraten im deutschen Reichstag die Kommunisten überfallen haben, soll jetzt den sozialdemokratischen Lesern ein ähnlicher behaltlicher Überfall auf kommunistische Abgeordnete durch die Sozialdemokraten im polnischen Sejm und dazu noch ihre Abwärtung durch die Polizei des sozialdemokratischen Parlamentarismus schmachhaft gemacht werden.

Wie der Vorwärts selbst mittel, bestand das Verbrechen des kommunistischen Abgeordneten Sokalski darin, daß er „eine demagogische Ansprache zu halten versuchte“. Darauf entzog ihm der Führer der parlamentarischen Demokratie, der sozialdemokratische Sejm-Vorsitzende Doljinski, das Wort. Ein weiteres Verbrechen der Kommunisten war nach dem Vorwärts, daß sie sich zu persönlichen Ausrufen (1) gegen den sozialistischen Sejm-Vorsitzenden hielten, wodurch sie die neben ihnen sitzenden sozialistischen Abgeordneten aufs äußerste provozieren“. Das ist natürlich eine genügende Begründung dafür, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten die Kommunisten brutal überfielen und mißhandelten. Dieser Überfall wird vom Vorwärts ver-schwiegen. Er weicht nur von einem „allgemeinen Handgemein“ zu berichten, alle bürgerlichen Berichterstatter teilen aber ohne Ausnahme mit, daß die Kommunisten von Sozialdemokraten überfallen worden sind.

Dann folgte die widerliche Szene, daß zwei kommunistische Abgeordnete auf Befehl des sozialdemokratischen Vorstehenden von Polizei aus dem Saal geschleift werden „mühten“.

Die Wiener sozialdemokratische Arbeiterzeitung, die am Sonntag von dieser Schande der polnischen Sozialdemokratie noch nichts wußte, feierte Doljinski als „den alten harten Kämpfer für parlamentarische Freiheit, bei dem das parlamentarische Recht in Gut sei“ und schrieb: „Hoffen wir, daß es ihm

## Reudello Burgfriede.



„Die Eltern haben sich abgefunden, man hat sich abgefunden, man hat sich abgefunden.“

Die Reichstagswahlen werden nicht über die Lohnhöhe, Dauer der Arbeitszeit usw. entscheiden, denn die Unternehmer werden auch in Zukunft keine Regierungsanweisungen durchzuführen die ihnen nicht passen. Das Mittel der Ausprägung und Entlassungen werden sie auch weiter in jedem Falle anwenden, wenn es ihren Interessen entspricht. Das Wahlergebnis wird lediglich zeigen, welche Bilanz die deutschen Arbeiter aus ihren eigenen Kampfserfahrungen der letzten Jahre ziehen. Die Frage steht klar:

Für Arbeitgemeinschafts- und Koalitionspolitik mit dem Trautkapital, oder Klassenkampf gegen das Trautkapital.

Für Unterhaltung der imperialistischen Politik des Trautkapitals, um Deutschland zur Belligerung zu bringen, und damit Kampf gegen die Sowjetunion, oder aktive Solidarität mit dem einzigen Arbeiterstaat der Welt gegen die Imperialisten.

Angeichts der großen Gefahr, daß die freien Gewerkschaften von der sozialdemokratischen Partei zur Unterfertigung der sozialdemokratischen Koalitionspolitik ausgebeutet werden sollen, müssen die Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaftsorganisationen in geschlossener Front den Kampf führen:

Gegen die Anbelung der Arbeiterklasse durch das Schlichtungssystem, für Erklärung der Arbeiterforderungen trotz Zwangsmaßnahmen!

Für die Sicherung des Koalitions- und Streikrechtes! Gegen die wirtschafts-demokratische Koalitionspolitik der Sozialdemokratie!

Gegen die Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik! Gegen die Ausschlußpolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer!

Für die Stärkung der freien Gewerkschaften! Für den revolutionären Klassenkampf, gegen die Diktatur des Trautkapitals!

Für die Unterfertigung der Friedenspolitik der Sowjetunion durch energischen Kampf zum Sturz der eigenen Bourgeoisie! Für den Kampf um die Arbeiter- und Bauernregierung!

gelingen wird, gegen die Staatsrechtstimmungen Widerspruch die Autorität des Sejm aufrechtzuerhalten.“

Die Arbeiterzeitung erwähnte an eine Szene im österreichischen Parlament vor dreißig Jahren, als die obstruierenden polnischen Sozialdemokraten mit Doljinski an der Spitze von der Polizei der österreichischen Monarchie aus dem Saal geschleppt worden sind, und Doljinski das Parlament mit dem Ruf bezieht: „Es lebe das Volk, nieder mit den Schlächtern!“ (polnische Hetzen).

Die arme Arbeiterzeitung, die diese Szene in Erinnerung gerufen hat, war so ahnungslos, nicht zu wissen, daß sie 24 Stunden später dieselbe Szene aus dem polnischen Parlament zu berichten haben wird, nur daß sich die Rollen geändert haben. Die Rolle des österreichischen kaiserlichen Kanalarie mit dem Hausrechtparagrafen hat der Sozialdemokrat Doljinski übernommen, die gegen Mundtotmachung kämpfenden Abgeordneten, die von Polizei abgeführt werden, sind nicht mehr die Sozialdemokraten, sondern die Kommunisten.

Die Wiener Arbeiterzeitung, die sich tags vorher darüber empörte, daß Widerspruch kommunistische Abgeordnete abführen ließ, hat nun die Gelegenheit ihrer Empörung gegen ihren sozialdemokratischen Genossen Doljinski freien Lauf zu lassen. Sie wird sich hüten.

## Kommunistische Mehrheit im Arbeiterrat des Leunawertes

Das Ergebnis der Arbeiter-, Angestellten- und Betriebsratswahlen im Leunawert ist folgendes:

Es wurden abgegeben von Arbeiterrat insgesamt 1515 Stimmen, im Vorjahr 14088 Stimmen. Die Liste der freien Gewerkschaften erhielt 12724 Stimmen. Im Vorjahr 11524 Stimmen, die Liste der Christen 695 Stimmen, im Vorjahr war keine Liste eingereicht. Die Liste der Bergarbeiter 1401, im Vorjahr 2116 Stimmen, ungültig waren diesmal 295 Stimmen, im Vorjahr 368 Stimmen. Die Liste im Arbeiterrat verteilten sich wie folgt: Die Liste der freien Gewerkschaften 27, der Christen 1, der Bergarbeiter 2. Im Vorjahr was das Verhältnis freie Gewerkschaften 25, gelbe 4; 1926 freie Gewerkschaften 23, gelbe 3. Die Kommunisten haben im Arbeiterrat 17, die SPD 10, die Christen und Bergarbeiter 3. Die Kommunisten haben also die absolute Mehrheit.

Die Wahlen zum Angestelltenrat hatten folgendes Ergebnis: Afa-Bund 1508, Deutscher Handlungsgeschäftsverband 572, GDA 333. Die Liste im Angestelltenrat verteilten sich wie folgt: Afa-Bund 10, DGB 3, GDA 2. Zahlen für das Vorjahr sind nicht bekannt. Das Verhältnis im Gesamtbetrieb ist folgendes: Freigewerkschaftliche Liste 30 Gesamtmitglieder (davon 24 Mitglieder des Arbeiterrates, 6 Mitglieder des Angestelltenrates). Der Arbeiterrat setzt sich zusammen aus 21 Freigewerkschaftlern, 1 Christen, 2 Bergarbeiter. Der Angestelltenrat aus 4 Vertretern der Afa, 1 DGB und 1 GDA. Es wurden insgesamt abgegeben für die freigewerkschaftliche Liste 65 Prozent.